Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 22. Dienstag, 27. Januar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 39.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die alliierte Zwischennote.

Berlin, 27. Januar 1925.

(SPD). Die neue Note der alliierten Regierungen, die wie berichtet, am Montag in Berlin überreicht wurde, enthält lediglich kurze Mitteilungen über den Standpunkt der alliierten Mächte zu den von der deutschen Regierung angeschnittenen prinzipiellen Fragen des Artikels 429 des Versailler Vertrages. Darüber hinaus wird **auch jetzt noch nicht in Aussicht gestellt, bis zu welchem Termin die Räumung der nördlichen Rheinlandzone erfolgen wird.** Es handelt sich also tatsächlich um eine sogenannte „Zwischennote", die lediglich die Handhabe zur Fortsetzung des bisherigen Notenwechsels bieten soll. Aus dem ganzen Charakter der alliierten Mitteilung spricht jedoch eine ganz offenkundige Brüskierung Deutschlands, sodaß man gegenwärtig in den Berliner Regierungskreisen kaum geneigt ist, die außenpolitische Situation etwas günstiger zu beurteilen.

Wie wir hören, wird die Reichsregierung Veranlassung nehmen, schon in wenigen Tagen auf die neuerliche alliierte Mitteilung zu antworten. Minister **Dr. Stresemann**, der bereits in einer Kabinettssitzung zu der neuen Mitteilung der alliierten Regierungen Stellung genommen hat, hält es für notwendig, daß Artikel 429 des Versailler Vertrages nochmals von Deutschland in der präzisesten Form interpretiert wird, denn es handelt sich in erster Linie darum, daß der Beginn der Räumungsfristen von der Gegenseite prinzipiell anerkannt wird. Selbst wenn man jetzt mit den alliierten Regierungen direkt zu Verhandlungen kommen sollte, was allerdings nach dem Inhalt der neuesten Mitteilung noch unwahrscheinlich sein dürfte, so würden die Aussichten eines Verhandlungserfolges in erster Linie davon abhängen, inwieweit es den deutschen Unterhändlern gelingt, nachzuweisen, daß die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellt.

Die Mitteilung der alliierten Regierungen soll angeblich als Antwort auf die deutsche Note gedacht sein. Im eigentlichen Sinne ist dies aber nicht der Fall, denn in der deutschen Note wurde ausdrücklich darum ersucht, die angeblichen Feststellungen über deutsche Verfehlungen gegenüber den Entwaffnungsbestimmungen genauer darzulegen und insbesondere jeden einzelnen Fall mit allen Details zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen. Mit keinem Wort geht die alliierte Note auf diese Rückfrage der deutschen Regierung ein, sodaß man deutscherseits an der Auffassung festhält, daß es ganz unmöglich sei, in der Entwaffnungsfrage zu irgendeinem Resultat zu kommen, solange die deutsche Regierung über den Charakter der angeblichen Verfehlungen im Unklaren gelassen wird.

*

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, das die interalliierte Militärkontrolle weitergeführt wird und die deutsche Regierung absolut keine Aufklärung darüber erhalten hat, wielange die Kontrollorgane noch ihre Tätigkeit fortsetzen. Dieses Moment hat in den Berliner Regierungskreisen ganz besondere Beunruhigung hervorgerufen. Wir glauben zu wissen, daß die Reichsregierung es für notwendig halten wird, auch **die Frage der Militärkontrolle** zur Sprache zu bringen und auf die letzten diesbezüglichen Abmachungen zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen hinzuweisen. Kommt es jetzt zu Verhandlungen, so wird die Reichsregierung bei dieser Gelegenheit **zum ersten Male ihre Absicht verkünden, der französischen Regierung einen Sicherheitspakt anzubieten.** Ein solches Angebot wäre insofern zweckmäßig, als die französische Regierung immer wieder von dem Standpunkt ausgeht, die Sicherheit Frankreichs sei in Gefahr. Eine Wiederholung des deutschen Garantievorschlages würde zweifellos geeignet sein, den französischen Besorgnissen jede Grundlage zu entziehen und die ganze Diskussion auf das rein sachliche Gebiet zu übertragen, zumal ja das Zustandekommen eines deutsch-französischen Garantiepaktes **als wesentlichster Teil eines Kompromisses** über die Räumungsfrage zu gelten hätte.

*

Der Wortlaut der Zwischennote.

)(Berlin. Die von den alliierten Vertretern gestern mittag dem Reichskanzler übergebene **neue Kollektivnote** in der Räumungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von der von Dr. Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, mit der die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Besetzung des als Kölner Zone bezeichneten Teiles der von den alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete bezog. **Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in die Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten** oder sich auf die Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektivnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr **später eine neue Mitteilung** zukommen lassen, die festsetzt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. **Schon jetzt müssen sie indes die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verkennen scheint.** (!) Diese Artikel haben die Dauer der **Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgesetzt** und haben eine Abkürzung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt.

Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen in den Stand zu setzen, im Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung eintreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels aufs genaueste zu erfüllen.

*

Die Antwort der Reichsregierung.

Die Reichsregierung ist sich in ihrer gestrigen Sitzung über die **Antwort** schlüssig geworden, die **den alliierten Vertretern am Dienstag vormittag zugestellt** und alsdann veröffentlicht werden soll.

Wiederholung des deutschen Verhandlungsangebotes.

Berlin, 27. Januar. Wie wir hören, wird die Reichsregierung bei der Beantwortung der neuerlichen Mitteilung der alliierten Regierungen Veranlassung nehmen, das bereits von der **Regierung Marx-Stresemann** den alliierten Regierungen gemachte **Verhandlungsangebot zu wiederholen.** Das Angebot Dr. Stresemanns bezog sich hauptsächlich auf die genaue Nachprüfung der von der Militärkontrollkommission erhobenen Beschuldigungen sowie auf die Regelung der gesamten Räumungsfrage überhaupt.

Wirtschaftsverhandlungen und Räumungsfrage.

Berlin, 27. Januar. Wie wir aus außenpolitischen Kreisen erfahren, hält die französische Regierung noch immer daran fest, vor einem Zustandekommen deutsch-französischer Abmachungen über die Wirtschaftsbeziehungen **keinerlei Zugeständnisse in der Räumungsfrage** zu machen. Durch diesen französischen Standpunkt werden die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen auch weiter erschwert, da man sich deutscherseits auf den Standpunkt stellt, daß es unmöglich sein würde, französische Zugeständnisse durch Konzessionen in den Wirtschaftsfragen zu erkaufen. Die französischen Vorschläge könnten nur dann von Deutschland angenommen werden, wenn die für die deutsche Wirtschaft unannehmbaren Punkte von Frankreich fallen gelassen werden.

Wieder Hetzreden in der Pariser Kammer.

* Paris. Die gestrige Kammersitzung wurde zum größten Teil mit einer Rede des früheren Kolonialministers **Fabry** über das **Sicherungsproblem** ausgefüllt, der wieder behauptet, daß unter der Leitung Seeckts und von Geßlers **die deutsche Armee vollkommen reorganisiert** sei. Der frühere Große Generalstab sei ebenfalls neu gegründet. Deutschland verfüge über ein ungeheures Rüstungsmaterial. Nach dem Vertrag von Versailles darf es nicht mehr als 2000 Maschinengewehre besitzen. Tatsächlich habe man in einem einzigen Ort 15 000 Maschinengewehrteile (!) entdeckt. Es verfüge ferner über 60 Flugzeugfabriken, deren Produktionsfähigkeit in drei Monaten auf eine Höchstleistung gebracht werden könne. Im Auslande seien zahlreiche Filialen angelegt, die jeder Kontrolle enthoben sind. Deutschland habe das Schwergewicht seiner Kriegsindustrie, das am Rhein lag, an die Weser und den Neckar verlegt.

Ministerpräsident **Herriot** erinnerte daran, daß man auf der Konferenz von Boulogne Deutschland gestattet habe, seine Polizei um 50 000 Mann zu erhöhen, und erklärte, diese Unvorsichtigkeit sei die Quelle der Schwierigkeiten geworden, auf die man später gestoßen sei. Als darauf der Abg. Fabry das Vorgehen der vorangegangenen Regierung in Boulogne zu rechtfertigen sucht, bringt der Ministerpräsident die Frage des jüngst **veröffentlichten Geheimdokuments des Generals Sarrail** über die deutschen Rüstungen zur Sprache. Er gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß vertrauliche Dokumente aus den Archiven des Kriegsministeriums und des Auswärtigen Ministeriums verschwinden und veröffentlicht werden konnten. Für Derartiges könne er die Verantwortung nicht übernehmen. Keine Regierung werde ein derartiges Regime des Verrates dulden. Der Abg. **Fabry** spricht dann über den **Geisteszustand**, der augenblicklich in Deutschland vorherrsche und der ihn sehr beunruhige. Er erklärt: Die **Besetzung des Rheines sei das einzige Mittel, das Frankreich übrig bleibe,** um wenigstens eine relative Sicherheit zu gewährleisten.

Keine polnische Mobilmachung?

Berlin, 27. Januar.

In den diplomatischen Kreisen waren Gerüchte über eine angebliche Teilmobilisierung polnischer Truppen an der Westgrenze Polens verbreitet. Wie wir hören, hat die Berliner Polnische Gesandtschaft auf eine Rückfrage des Auswärtigen Amtes erklärt, sie sei von der Warschauer Regierung ausdrücklich dazu ermächtigt, alle Gerüchte über polnische Mobilmachungen in der nachdrücklichsten Form zu dementieren. In den Berliner Regierungskreisen glaubt man aber keinerlei Anlaß zu irgendwelcher Beunruhigung zu haben.

Die preußische Regierungsfrage.

Berlin, 27. Januar. In der preußischen Regierungsfrage ist eine Entscheidung vor Donnerstag kaum zu erwarten. Da die Zentrumsfraktion sich vorläufig noch nicht festgelegt hat, besteht immer noch die Möglichkeit, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, zu einer Einigung gelangen werden. Die Aussichten hierfür sind allerdings zur Zeit noch sehr gering, da das Zentrum unter keinen Umständen ohne die Demokraten an der preußischen Regierung teilnehmen will. Für die Deutsche Volkspartei steht es schon jetzt fest, daß eine Wiederherstellung der großen Koalition, in welcher Form es auch sein möge, nicht in Frage kommen kann. Die Sozialdemokraten und die Demokraten beabsichtigen, das Zentrum dadurch zu gewinnen, daß sie bei der Wahl des Ministerpräsidenten auf einen Linkskandidaten verzichten und für den Zentrumskandidaten stimmen werden. Dadurch könnte das Zentrum gezwungen werden, an der bisherigen Koalition in Preußen festzuhalten.

Dr. Heinze über die Regierungsneubildung im Reiche.

tsd. Dresden. Vor den zahlreich versammelten Mitgliedern der geschäftsführenden Ausschüsse des Ortsvereins Dresden und des Wahlkreisverbandes Ostsachsen der Deutschen Volkspartei sowie vor den Dresdner Gruppenleitern der DVP. sprach am Sonnabend abend im Saale des Hotels „Continental" der **Wahlkreisvorsitzende Exzellenz Dr. Heinze über die Regierungsneubildung im Reiche.** In seinem ausführlichen Referat führte Exzellenz Dr. Heinze den Nachweis, daß die jüngste Regierungskrise **nur als Teil einer politischen Dauerkrise gewertet** werden dürfe, in der Deutschland sich seit Jahresfrist befinde. Die letzte Ursache dieser Dauerkrise liege in dem vielfach bewiesenen Unvermögen der sozialdemokratischen Partei, über ein veraltetes Parteiprogramm hinauszuwachsen und an der Lösung der großen staatspolitischen Wiederaufbauaufgaben einer notvollen Gegenwart auf die Dauer positiv mitzuwirken. In Erkenntnis dieser deutlichen Tatsache habe die DVP. schon am 18. Januar vorigen Jahres den Beschluß gefaßt, das ihrige zu tun, um zur Ermöglichung einer stabilen Mehrheitsregierung im Reiche die Deutschnationale Volkspartei zur positiven, verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen. Nach Ueberwindung zahlloser Widerstände und nach zwei überflüssigen Wahlkämpfen sei es nun schließlich gelungen, ein arbeitsfähiges Mehrheitskabinett zustande zu bringen, wenn auch die Gefahrenpunkte für das junge Kabinett mit dem befriedigenden Ausgange der letzten großen Reichstagsverhandlungen nicht vollends beseitigt seien. Die Stärke der neuen Regierung liege nicht zuletzt in der Größe und Dringlichkeit der sozialpolitischen, kulturpolitischen, Steuer- und finanzpolitischen Aufgaben, die jetzt vor ihr ständen.

Exz. Heinze gab am Ende seiner fesselnden Darlegungen seinem Wunsche und seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der **Regierung Luther** mit ihrem Programm der sachlichen Arbeit zum Wohle des Volksganzen **ein voller Erfolg beschieden sein** werde. — Die Versammlung dankte dem Redner mit lang anhaltendem Beifall für seine Ausführungen.

An der sich anschließenden **politischen Aussprache** beteiligten sich Dr. Görler-Dresden, Geh. Rat Stürenburg-Loschwitz, Kaufmann Kalkus-Großenhain, Studienrat Hardt-Löbau, Direktor Gerber-Dresden, Regierungsbaurat Braune-Freiberg, Regierungsbaurat Dr. Hartwig-Dresden. Die rege Aussprache ließ erkennen, daß die Führer der volksparteilichen Organisationen im Wahlkreise einmütig hinter der Auffassung ihres Spitzenkandidaten standen. Insbesondere gaben die Redner ihrer hohen Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Reichstagsfraktion der DVP. unbeirrbar an dem Wege festhielte, den sie sich vor Jahresfrist vorgeschrieben habe. Exz. Heinze wurde gebeten, diesen Dank der Organisation der Reichstagsfraktion auszusprechen.

Dr. Eckener in London.

* London. Dr. Eckener von der Deutschen Zeppelingesellschaft sowie Vizepräsident der Goodyear-Zeppelin-Company, Lehmann, sind in England eingetroffen, um mit dem Direktor der englischen Luftschiffgesellschaft, Korvettenkapitän Burney, zu verhandeln. Wie verlautet, beziehen sich die Erörterungen auf die **allgemeine Entwicklung des Luftschiffbaues.** Besonders handelt es sich dabei um Vorschläge der **Einführung eines internationalen Verankerungssystems für Handelsflugschiffe,** um dem Luftschiff die Möglichkeit zu geben, an jedem Ankermast festzumachen. Die Besprechungen beziehen sich auch auf die **Einrichtung eines transatlantischen Dienstes** durch die englische Luftschiffgarantiegesellschaft und die Goodyear-Gesellschaft.

Der russisch-japanische Vertrag.

Der vor kurzem zwischen der Sowjetrepublik und Japan abgeschlossene Vertrag hat eine weit größere Bedeutung als es im allgemeinen die Anerkennungs- und Gegenseitigkeitsverträge mit Rußland zu haben pflegen. Rußland und Japan stellen das gesamte Gebiet der Verträge und Vereinbarungen vor dem Jahre 1917 auf eine neue Grundlage, erkennen sich die Meistbegünstigung zu, geben sich die üblichen Schutzversicherungen hinsichtlich der politischen Propaganda und treffen ein Abkommen über die Ausbeutung von Bodenschätzen in der Sowjetrepublik. Japan erhält auf dem nördlichen Teil von Sachalin eine Konzession zur Naphtaausbeutung, die Japan an diesem Orte ein für allemal den absoluten Vorrang gewährt und die geeignet ist, die schweren Sorgen Japans hinsichtlich der Flottenversorgung mit Oel zu beheben. Der Eintritt Chinas in diese ostasiatischen Vereinbarungen dürfte durchaus im Bereiche der nächsten politischen Möglichkeiten liegen.

SLUB
Wir führen Wissen.